



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 15./16.06.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat bei den Verhandlungen in Minsk aufgehört, die Unschuldsvermutung bei der Behandlung der Frage der Amnestie der Teilnehmer des Konflikts im Donbass von Seiten des Donbass zu verneinen. Dies teilte heute die Außenministerin der DVR, die Vertreterin der Republik in der politischen Untergruppe Natalja Nikonorowa mit.

„In der Frage der Amnestie haben die Vertreter der Ukraine aufgehört, die international anerkannten Rechtsprinzipien, insbesondere die Unschuldsvermutung, zu verneinen. Dies ist ein nicht unwichtiger Schritt, wenn man das rechtliche Chaos und das totale Ignorieren der grundlegenden Prinzipien der Menschenrechten in der Ukraine berücksichtigt“, erklärte der Gesprächspartner der Agentur.

Wir erinnern daran, dass noch im März Kiew vorgeschlagen hatte, die Gültigkeit der Amnestie, die vom Minsker Maßnahmekomplex vorgesehen ist, mit Hilfe irgendeiner „Regelung über Übergangsjustiz“, die faktisch auf einer Schuldvermutung basiert, begrenzen wollte.

„Aber leider sind die Positionen der Seiten in der Frage der Nichtzulässigkeit der Verfolgung von Teilnehmern der Ereignisse im Donbass immer noch grundlegend diametral entgegengesetzt“, fügte Nikonorowa hinzu.

Dan-news.info: Die Durchführung von Kommunalwahlen in der DVR und der LVR bis Ende des Jahres sind wenig wahrscheinlich. Dies erklärte heute in Moskau der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen zur friedlichen Regelung, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„An diesem Mittwoch fand eine weitere Sitzung der Kontaktgruppe und der vier Unterarbeitsgruppen statt. Leider gibt es keine Bewegung in der politischen Untergruppe. Es gibt unsere Position und die ukrainische Position - sie sind vollständig entgegengesetzt, es gelingt nicht ein Kompromiss zu finden. Deshalb kann man über Wahlen in diesem Jahr nicht sprechen“, zitiert die Agentur TASS den Auftritt Puschilins auf der Sitzung des Komitees für die gesellschaftliche Unterstützung der Einwohner des Donbass im Föderationsrat.

Der Sprecher des Parlaments der DVR unterstrich, dass trotzdem die Volksrepubliken „jederzeit bereit zu Wahlen sind“. Außerdem hängt nach seinen Worten vieles in der Frage der Bestimmung der Fristen der Wahlen von den Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen – Deutschland und Frankreich – sowie den USA ab, die Einfluss auf Kiew ausüben können.